

**Deutschland-Ransbach-Baumbach: Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau**  
**OJ S 183/2023 22/09/2023**  
**Auftragsbekanntmachung**  
**Dienstleistungen**

**Rechtsgrundlage:**  
Richtlinie 2014/24/EU

---

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Ransbach-Baumbach  
Postanschrift: Rheinstraße 50  
Ort: Ransbach-Baumbach  
NUTS-Code: DEB1B Westerwaldkreis  
Postleitzahl: 56235  
Land: Deutschland  
Kontaktstelle(n): Kanzlei Forkert  
E-Mail: [vergabe@kanzlei-forkert.de](mailto:vergabe@kanzlei-forkert.de)  
Telefon: +49 2632/98985-0  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: <http://www.ransbach-baumbach.de>

**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E96283159>  
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E96283159>  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

**I.5. Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

---

**Abschnitt II: Gegenstand**

**II.1. Umfang der Beschaffung**

**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Ingenieurleistungen für Umbau und Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule: Technische Ausrüstung

**II.1.2. CPV-Code Hauptteil**

71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

**II.1.3. Art des Auftrags**

Dienstleistungen

#### **II.1.4. Kurze Beschreibung**

Ausgeschrieben werden und Ingenieurleistungen für den Umbau und die Erweiterung der Astrid-Lindgren Schule in Ransbach-Baumbach. Die Astrid-Lindgren-Schule ist eine vierzügige Ganztags Grundschule. Zurzeit besuchen ca. 310 Schüler die Schule. Für Erweiterung und Umbau der Grundschule

ist bereits ein Konzept eines Architekturbüros erstellt worden, das durch die Bieter vollständig umzusetzen

ist. Erweiterung und Umbau der Grundschule stellen funktional eine einheitliche Baumaßnahme dar. Hier

ausgeschrieben werden die technische Ausrüstung nach § 53 HOAI.

Die Architektenleistungen (Objektplanung) für das Projekt wurden bereits vergeben. Nunmehr werden die Planungsleistungen die technische Ausrüstung HLS (Los 1) und die Elektro (Los 2) vergeben.

#### **II.1.5. Geschätzter Gesamtwert**

#### **II.1.6. Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja

Angebote sind möglich für alle Lose

### **II.2. Beschreibung**

#### **II.2.1. Bezeichnung des Auftrags**

Technische Ausrüstung HLS gem. § 53 Abs. 1 Nr. 1, 2, 3 und 7 HOAI

Los-Nr.: 1

#### **II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)**

71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau, 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

#### **II.2.3. Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEB1B Westerwaldkreis

Hauptort der Ausführung: Astrid-Lindgren-Schule Mozartstraße 86 56235 Ransbach-Baumbach

#### **II.2.4. Beschreibung der Beschaffung**

Technische Ausrüstung HLS gem. § 53 Abs. 1 Nr. 1, 2, 3 und 7 HOAI für Umbau- und Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule. Ausgeschrieben werden die Leistungsphasen 1-4 (Stufe 1), 5-7 (Stufe 2) und 8-9 (Stufe 3).

#### **II.2.5. Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Umsetzungskonzept / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Personalkonzept / Gewichtung: 30

Preis - Gewichtung: 40

#### **II.2.6. Geschätzter Wert**

#### **II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 30

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

## **II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

## **II.2.11. Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Leistungsphasen werden stufenweise beauftragt. Mit Abschluss des Vergabeverfahrens erfolgt zunächst

die Beauftragung der Leistungsphasen 1 - 4 in einer ersten Stufe. Weitere vorgesehene Stufen sind (soweit

erforderlich) die Leistungsphasen 5 - 7 und 8 - 9. Ein Anspruch auf Folgebeauftragung besteht nicht.

## **II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

## **II.2.14. Zusätzliche Angaben**

### **II.2. Beschreibung**

#### **II.2.1. Bezeichnung des Auftrags**

Technische Ausrüstung Elektro gem. § 53 Abs. 1 Nr. 4, 5, 6 und 8 HOAI

Los-Nr.: 2

#### **II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)**

71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau, 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

#### **II.2.3. Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEB1B Westerwaldkreis

Hauptort der Ausführung: Astrid-Lindgren-Schule Mozartstraße 86 56235 Ransbach-Baumbach

#### **II.2.4. Beschreibung der Beschaffung**

Technische Ausrüstung Elektro gem. § 53 Abs. 1 Nr. 4, 5, 6 und 8 HOAI für Umbau- und Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule. Ausgeschrieben werden die Leistungsphasen 1-4 (Stufe 1), 5-7 (Stufe 2) und 8-9 (Stufe 3).

#### **II.2.5. Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Umsetzungskonzept / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Personalkonzept / Gewichtung: 30

Preis - Gewichtung: 40

#### **II.2.6. Geschätzter Wert**

#### **II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 30

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

## **II.2.10.**

## **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

### **II.2.11. Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Leistungsphasen werden stufenweise beauftragt. Mit Abschluss des Vergabeverfahrens erfolgt zunächst

die Beauftragung der Leistungsphasen 1 - 4 in einer ersten Stufe. Weitere vorgesehene Stufen sind (soweit

erforderlich) die Leistungsphasen 5 - 7 und 8 - 9. Ein Anspruch auf Folgebeauftragung besteht nicht.

### **II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

### **II.2.14. Zusätzliche Angaben**

## **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

---

### **III.1. Teilnahmebedingungen**

#### **III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die Auftraggeberin prüft, ob bei dem Bieter die Befähigung und die Erlaubnis zur Berufsausübung vorliegen. Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung müssen Einzelbieter sowie alle Mitglieder einer Bietergemeinschaft die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister des Staats nachweisen, in dem sie niedergelassen sind. Der Nachweis erfolgt durch Eintragung im Angebotsvordruck. Besteht im Niederlassungsstaat des Bieters keine Verpflichtung zur Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister ist im gleichen Vordruck zu erklären, dass der Beruf gleichwohl in erlaubter Weise ausgeübt wird.

#### **III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Bieter muss wirtschaftlich und finanziell leistungsfähig sein. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn nach der Einschätzung des Auftraggebers anzunehmen ist, dass der Bieter über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um seine laufenden finanziellen Verpflichtungen unter Einschluss derjenigen aus dem Auftrag (d.h. das jeweilige Los) zu erfüllen, für das das Angebot abgegeben wird.

Außerdem muss der Bieter zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus diesem Auftrag über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung verfügen. Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen je Schadensfall mindestens betragen: Personenschäden 2.000.000 Euro; Sach- und Vermögensschäden 3.000.000 Euro. Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen. Die Versicherung muss eine unbegrenzte Nachhaftungsfrist aufweisen. Diese gilt auch für den Todesfall des Versicherungsnehmers sowie die Liquidation/Insolvenz des Auftragnehmers. Zum Nachweis des Vorliegens der genannten Anforderung hat der Bieter: \*\*Im Angebotsvordruck zu erklären, dass er über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung

in der geforderten Höhe verfügt und entsprechende Nachweise nach Zuschlagserteilung unaufgefordert vorlegt. \*\*Sofern der Bieter zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe über eine solche Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung noch nicht verfügt, muss er im Angebotsvordruck erklären, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und entsprechende Nachweise unaufgefordert dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorzulegen. Diese Erklärung ist unwiderruflich.\*\*In dem Angebotsvordruck Angaben zu den Gesamtsätzen des Unternehmens, sowie zu den Umsätzen aus mit dem ausgeschriebenen Auftrag vergleichbaren Tätigkeiten in Bezug auf das Los oder die Lose zu machen, für die das Angebot abgegeben wird. \*\*Eine Eigenerklärung darüber abzugeben, dass der Bieter über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus dem Auftrag oder den Aufträgen ordnungsgemäß nachzukommen. Diese Eigenerklärung ist ebenfalls in dem Angebotsvordruck zu leisten.

### **III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit wird als gewährleistet angesehen, wenn der Bieter über die Fachkunde und Erfahrungen verfügt, die für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen des jeweiligen Loses in angemessener Qualität erforderlich sind.

Zum Beleg der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit haben die Bieter zunächst nachzuweisen, dass der verbindlich benannte Projektleiter über die erforderliche Berufsqualifikation verfügt. Verlangt wird, dass dieser die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen erfüllt, um in Rheinland-Pfalz als Architekt und/oder Ingenieur tätig zu sein. Der Projektleiter ist im Angebotsvordruck mit seiner Qualifikation zu nennen.

Zum Beleg ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit haben die Bieter darüber hinaus mit dem Vordruck Eignungsanforderungen Erklärungen zu Referenzen einzureichen. Einzureichen sind für jedes Los, für das die Teilnahme beantragt wird, mindestens 2 geeignete Unternehmensreferenzen, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Lage ist, die ausgeschriebenen Leistungen in diesem Los auch nach Art, Umfang und Komplexität ordnungsgemäß auszuführen. Es ist jeweils anzugeben, für welche Lose eine eingereichte Referenz abgegeben wird. Es steht jedem Bieter frei, die gleiche Referenz auch für andere Lose gesondert (erneut) einzureichen, die sodann in Bezug auf die jeweiligen Lose auch gesondert bewertet werden.

Gewertet werden Referenzen, bei denen die Leistungen in den letzten 5 Jahren erbracht wurden. Die Referenzen sind als Eigenerklärung mit dem Angebotsvordruck einzureichen. Darüber hinaus ist eine Erklärung, abzugeben aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl der Ingenieure/Architekten in den letzten drei Jahren ersichtlich ist.

## **III.2. Bedingungen für den Auftrag**

### **III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Architekten / Ingenieure (s. unter Ziff. III.1.3)).

### **III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags**

Es sind die Verpflichtungen gemäß dem Landestariftreugesetz Rheinland-Pfalz (LTTG) zu erfüllen. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung ist mit dem Angebot einzureichen.

### **III.2.3.**

## **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

### **Abschnitt IV: Verfahren**

---

#### **IV.1. Beschreibung**

##### **IV.1.1. Verfahrensart**

Offenes Verfahren

##### **IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

##### **IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

#### **IV.2. Verwaltungsangaben**

##### **IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 20/10/2023 Ortszeit: 16:00

##### **IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

##### **IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können**

Deutsch

##### **IV.2.6. Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 19/11/2023

##### **IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Tag: 20/10/2023 Ortszeit: 16:00

### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

---

#### **VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

#### **VI.3. Zusätzliche Angaben**

Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB sowie gemäß § 21 AEntG, § 21 SchwarzArbG und § 19 MiLoG gibt der Bieter entsprechende Eigenerklärungen mit der Abgabe des Angebots ab. Im Falle einer Bietergemeinschaft oder einer Eignungsleihe muss der Vordruck Eignung Dritte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft und für jedes Unternehmen, das zur Eignungsleihe in Anspruch genommen wird, wahrheitsgemäß ausgefüllt, unterschrieben und mit dem Angebot eingereicht werden. Soweit Ausschlussgründe in der Person des Bieters vorliegen sollten, sind diese dem Auftraggeber in einem gesonderten, vom Bieter selbst zu erstellenden Dokument mit dem Angebot mitzuteilen. Eventuell ergriffene Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB sind dem Auftraggeber durch Vorlage geeigneter vom Bieter selbst zu erstellender Unterlagen mit der Angebotsabgabe nachzuweisen. Dies gilt ebenso für Mitglieder von Bietergemeinschaften oder für die Eignungsleihe in Anspruch genommene Unternehmen.

#### **VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

#### **VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: [Vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de](mailto:Vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de)

Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

#### **VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

§ 160 GWB Einleitung, Antrag: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

#### **VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**

19/09/2023